

PAUL DETZNER, Staatsanwalt des Bezirks Gera

PETER GÄSE, Staatsanwalt beim Staatsanwalt des Bezirks Gera

Dr. GERHARD STILLER, stellvertretender Direktor des Instituts für Strafrecht der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“

Einige Fragen des Kampfes gegen die staatsgefährdende Propaganda und Hetze

Untersuchungen in der Praxis der Straforgane haben erneut gezeigt, daß die Bekämpfung ideologischer Angriffe gegen die Grundlagen der Gesellschaftsordnung in der DDR mit den Mitteln des Strafrechts und darüber hinaus mit der Kraft der ganzen sozialistischen Gesellschaft eines der kompliziertesten Probleme ist. Seine Lösung setzt eine tiefgründige Kenntnis von dem Wesen dieser Angriffe, den Gesetzmäßigkeiten unserer gesellschaftlichen Entwicklung, von dem Klassenkampf, seinen Formen, von den Kräften der sozialistischen Gesellschaft und der Rolle unseres Strafrechts voraus.

Die Hetze gegen die sozialistischen Staaten, gegen den Aufbau des Sozialismus, gegen seine führenden Kräfte und die sozialistischen Ideen ist eine der Hauptformen des Klassenkampfes der Imperialisten und der mit ihnen verbundenen faschistischen, militaristischen und klerikalen Reaktion. Sie hat bisher nicht gekannte Formen angenommen. Sie widerspiegelt als Teil der ideologischen Diversion und der psychologischen Kriegführung die imperialistischen Klasseninteressen.

Die westdeutschen Ultras setzen den Ideen des Sozialismus und Kommunismus ihre maßlose Verleumdungskampagne und schmutzige Hetze entgegen. Da sie der Menschheit keine echte Perspektive und keine humanistischen Ideale zu bieten haben, führen sie vom Boden des Antikommunismus, dieser ideologischen und politischen Hauptwaffe des Imperialismus, den Kampf gegen alle fortschrittlichen Ideen und Bewegungen, besonders gegen die kommunistischen und Arbeiterparteien, gegen die sozialistischen Staaten und ihre Bürger. Dazu haben sie ein umfassendes Diversionsprogramm entwickelt, nach dem alle ihre Agenturen arbeiten. Alle Verbrechen der Imperialisten und ihrer Handlanger aber werden den historischen Fortschritt nicht aufhalten.

„Die Lage in Deutschland ist nun einmal so, daß der historische Weg der Deutschen Demokratischen Republik, d. h. der Weg des Aufbaus eines sozialistischen deutschen Staates, von der Geschichte bereits als richtig erwiesen ist. Diesen Weg“ gehen wir, ohne zu schwanken, ungeachtet der wütenden Hetze unserer Gegner gegen unsere Partei wie gegen unsere Republik und ihre Bürger.“¹

Der Aufbau des Sozialismus in der DDR und die Lösung der nationalen Frage in Deutschland verlangen jedoch die entschiedene Unterbindung der ideologischen Unterwühlungsversuche. Das ist ein Teil der bewußten Verwirklichung der geschichtlichen Gesetzmäßigkeit. Die strafrechtliche Bekämpfung der ideologischen Diversion sichert und unterstützt vor allem die immer weitere Entfaltung der sozialistischen Demokratie, die Freisetzung der schöpferischen Kräfte des gesamten Volkes.

Obwohl das sozialistische Lager und jeder einzelne sozialistische Staat heute so gefestigt ist, seine Grundlagen und Verteidigungskräfte soweit entwickelt sind, daß eine Rückkehr zum kapitalistischen System objektiv unmöglich ist², bedeuten die ständigen Versuche

des Exports der Konterrevolution für die Arbeiter- und Bauern-Macht und ihre Entwicklung sowie für die Geschlossenheit des sozialistischen Weltlagers eine reale Gefahr. Zugleich zeigt die Konzeption der Bonner Ultras, die in solchen Aussprüchen gipfelt wie „lieber tot als rot“ die Verbindung der konterrevolutionären Angriffe mit den Kriegsvorbereitungen. Die ideologische Diversion z. B. ist Ausdruck der Kriegsvorbereitungen und gefährdet den Frieden.

Die von der Partei- und Staatsführung eingeschätzte Klassenkampfsituation im nationalen und internationalen Maßstab bildet die Grundlage für die Feststellung in der Programmatischen Erklärung des Staatsrates, daß eine Seite der Gerechtigkeit unseres sozialistischen Rechts notwendig darin besteht, daß die friedlichen Bestrebungen des Volkes geschützt und alle Anschläge der Militaristen, alle Versuche, die Menschen für ihre aggressiven Ziele zu mißbrauchen, rücksichtslos unterbunden werden, daß weiter jene hart bestraft werden, die das Leben unseres Volkes, den Bestand unserer Nation bedrohen³. Das bezieht sich auf alle konterrevolutionären Verbrechen, also auch auf die staatsgefährdende Propaganda und Hetze.

Die klassenmäßige Wurzel der staatsgefährdenden Propaganda und Hetze und ihre Aufdeckung und Bekämpfung

Die staatsgefährdende Propaganda und Hetze ist als Teil der konterrevolutionären Bestrebungen auf die ideologische Aufweichung und Unterwühlung unserer Republik und des sozialistischen Aufbaus gerichtet. Ihre Bekämpfung verlangt in erster Linie Klarheit über ihre Ursachen.

Die staatsgefährdende Propaganda und Hetze hat ihre entscheidende klassenmäßige Wurzel und damit ihre objektive Ursache in der Existenz und dem Wirken der Imperialisten und Militaristen in Westdeutschland. Ihr objektiver gesellschaftlicher Boden liegt außerhalb unserer Republik. Das ist auch der tiefere Grund für die Feststellung in den Parteibeschlüssen, daß sich die Täter konterrevolutionärer Verbrechen außerhalb unserer Ordnung stellen. In der DDR hat die staatsgefährdende Propaganda und Hetze keine objektive soziale Grundlage mehr, d. h., der Hetzer vertritt kein objektives Klasseninteresse, das sich aus den inneren Verhältnissen ergibt. Es handelt sich vielmehr um Menschen, die auf Grund ihrer Vergangenheit und unter dem Einfluß der imperialistischen Propaganda nicht am sozialistischen Aufbau teilnehmen wollen, Werkzeuge der Imperialisten sind, den offenen Klassenantagonismus in Deutschland ausdrücken und als Verräter an den Interessen der Nation handeln. Wir teilen nicht die Auffassung von Lekschas und Renneberg, die von objektiven Kriminalitätsursachen in der DDR in bezug auf konterrevolutionäre Verbrechen im wesentlichen gleichgestellt mit den äußeren objektiven Ursachen sprechen⁴, was u. E. nicht mit unseren

¹ W. Ulbricht, Interview zu den Parteiwahlen, ND (Ausg. B) vom 21. Februar 1962, S. 3.

² Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien, Berlin 1960, S. 22.

³ Programmatische Erklärung des Vorsitzenden des Staatsrates der DDK vor der Volkskammer am 4. Oktober 1960, Berlin 1960, S. 42.

⁴ Lekschas' Renneberg, „Lehren des XXII. Parteitags der KPdSU für die Entwicklung des sozialistischen Strafrechts in der DDR“, NJ 1962 S. 85.